



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die griechisch-türkische Grenzfrage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Punkt möchten wir nicht mit Stillschweigen übergehen. Schon beim ersten Ueberlesen des vorliegenden Heftes konnten wir uns des Gefühles nicht erwehren, als sei der Verfasser, vielleicht aus übertriebener Scheu vor allem rein lehrhaften, kahlen Aneinanderreihen von Thatsachen, zuweilen in eine zu sublimen, gleichsam nur den Blüthenduft der Gedanken einfangende, nur die äußersten Spitzen der geistigen Bewegung treffende Darstellung verfallen. Im Zusammenhang damit steht es, daß an einigen Stellen die den vorgetragenen Ansichten zu Grunde liegenden Thatsachen nur angedeutet werden. So sind denn mehrfach, wie uns bereits praktische Erfahrung gelehrt hat, an die mitschaffende, ergänzende Phantasie des mit den vorgetragenen Dingen nicht fachmännisch vertrauten Lesers zu hohe Anforderungen gestellt. Warum werden S. 10 nicht Beispiele für die verschiedenen Gruppen altgermanischer Namen gegeben, während doch ein andermal (S. 17) eine Reihe zweigliedriger allitterirender Formeln, die dem modernen Sprachbewußtsein viel geläufiger sind, namentlich aufgeführt werden? Warum fehlt S. 21 jede Hindeutung auf die Thatsachen, welche das Urtheil von der Toleranz der Religionen im Zeitalter der Stauffer begründen? Wo wird Junker Satan (S. 64 unten) eine beliebte Figur?

Mit diesen kleinen Ausstellungen wollen wir um so weniger zurückhalten, als der angedeutete Mangel eine gewisse Gefahr für die Verbreitung des Buches mit sich führt. Und leicht wird ja durch ein paar bestimmtere, mehr pragmatische Striche bei einer hoffentlich bald nothwendig werdenden neuen Auflage, auch dem Theile des Publikums genügt sein, welcher dieselben nicht gerne missen würde.

Wir sehen mit Spannung dem weiteren Erscheinen des Werkes entgegen, dessen Umfang auf etwa 40 Bogen (in acht Lieferungen à 1 Mark) berechnet ist. Der mäßige Preis wird hoffentlich dazu beitragen, daß es bald in keiner gebildeten deutschen Familie mehr fehlen wird.

Breslau.

Franz Lichtenstein.

Die griechisch-türkische Grenzfrage.

Seit etwa zehn Tagen erörtert die in Berlin zusammengetretene Botschafter-Conferenz die griechisch-türkische Grenzfrage. Von England angeregt, von Deutschland zusammenberufen und geleitet, wird diese Versammlung keinerlei andere Fragen behandeln und nicht nach Stimmeneinheit, sondern mit Stimmenmehr-

heit ihre Beschlüsse fassen. Die Pforte und Griechenland sind vertreten, haben aber kein Votum, sondern nehmen an den Verhandlungen nur mit berathender Stimme theil. Der Gang wird der sein, daß man sich zunächst principiell verständigt, dann zur Feststellung der geeignetsten Grenze eine Untersuchungscommission, gebildet aus Technikern, nach denjenigen Strichen Südbaniens und Thessaliens absendet, um welche sich handelt, und schließlich nach deren Bericht die Entscheidung trifft. Zweck der ganzen Procedur ist, den 24. Artikel des Berliner Vertrags, dessen Verwirklichung bisher von der Türkei vereitelt worden ist, der Ausführung zu nähern. Eine weitere Aufgabe hat die Conferenz nicht. Sollte es der einen oder der anderen Macht wünschenswerth erscheinen, auf gleichem Wege eine andere derjenigen Bestimmungen des Berliner Congresses, die noch der Ausführung ermangeln, zur Besprechung und schließlich Erledigung zu bringen, so würde es dazu einer neuen vorherigen Verständigung der Mächte über die Opportunitätsfrage und der Einladung zu einer neuen Conferenz oder zur Fortsetzung der jetzt tagenden bedürfen, und diese Verständigung würde nicht so leicht sein, wie die, welche die jetzige Conferenz ermöglichte. Wenigstens würde die Anregung von Fragen, die sich auf die Balkanländer beziehen, vermuthlich auf den Widerspruch Oesterreich-Ungarns stoßen, dem sich Deutschland anschließen würde. Dagegen wird eine Uebereinstimmung der stimmberechtigten Mächte in der jetzt auf die Tagesordnung gebrachten Angelegenheit keinen wesentlichen Schwierigkeiten begegnen, ja wir dürfen sie bereits als gesichert betrachten.

Schon das vorige englische Cabinet machte den Vorschlag zur Erledigung der Sache. In einer Depesche des Ministers Salisbury an den früheren brittischen Botschafter in Konstantinopel heißt es: „Da es den Regierungen der Türkei und Griechenlands augenscheinlich nicht gelungen ist, die durch den 24. Artikel des Berliner Vertrags vorgesehene Grenzberichtigung durch directe Verständigung herbeizuführen, so ist Ihrer Majestät Regierung bereit, sich den anderen in jenem Artikel erwähnten Mächten anzuschließen, um ihre Vermittlung zum Behuf der Erleichterung der Unterhandlungen anzubieten. Um die genaue von den Mächten zu empfehlende Grenze zu bestimmen, schlägt Ihrer Majestät Regierung vor, eine Abgrenzungs-Commission zu ernennen, welche, von den Signatar-Mächten niedergesetzt, an Ort und Stelle die Linie studire und feststelle, welche am geeignetsten wäre, die neue Grenze zwischen der Türkei und Griechenland zu bilden. Die Commissäre würden als Grundlage ihrer Berathungen das 13. Protocoll des Berliner Congresses annehmen und, ohne an die in dem Protocoll gegebenen allgemeinen geographischen Andeutungen gebunden zu sein, den Auftrag erhalten, getreulich im Sinne der Politik zu handeln, welche durch die Bevollmächtigten in jener Congress-Sitzung zum Ausdruck ge-

langt ist. Sie würden durch Stimmenmehrheit die genaue Grenzlinie festsetzen, die am besten jene Politik verwirklichen wird, und Ihrer Majestät Regierung wird ihrerseits gern bereit sein, den streitenden Mächten den Beschluß anzuzumpehlen, den die Commission in dieser Angelegenheit gefaßt haben wird."

England und das den Griechen immer günstig gewesene Frankreich werden bei den Verhandlungen die führenden Mächte sein, wie sie es in Sachen Griechenlands naturgemäß immer waren. Thörichte Großsprecherei aber ist es, wenn deshalb die Franco sich zu triumphirenden Redensarten versteigt, wenn sie behauptet, die Berliner Conferenz werde die Ohnmacht des deutsch-österreichischen Bündnisses bezeugen, die Stunde der Befreiung für die Völkerstämme der Balkan-Halbinsel habe geschlagen, vergeblich habe Deutschland im Bunde mit Oesterreich und dem Cabinet Beaconsfield versucht, sie zu verzögern. Warten wir nur ab, was etwa weiter versucht wird; das Bündniß zwischen uns und unserem südöstlichen Nachbar ist fest begründet und würde sich bewähren, wenn die Interessen des letzteren irgendwie bedroht wären. Hier ist dies nicht der Fall, und Oesterreich-Ungarn wie Deutschland handeln aus freiestem Entschlusse, wenn sie der vom Cabinet Gladstone im Einvernehmen mit Frankreich ins Auge gefaßten Vergrößerung Griechenlands auf Kosten der Pforte zustimmen, sie stehen im wesentlichen auf demselben Standpunkte wie die Westmächte.

Wie jene, hatten auch die verbündeten mitteleuropäischen Mächte das Recht und die Pflicht, zu vermitteln, wenn die Verhandlungen zwischen Griechenland und der Türkei auf die Dauer ins Stocken geriethen, und wie jene, begriffen auch sie, daß die Vermittlung rascher vorbereitet werden würde, wenn man dazu das Mittel einer Conferenz wählte, die mit Stimmenmehrheit entscheidet, als wenn man von Cabinet zu Cabinet sich zu verständigen bemühte. Der letzte Zweck ist für Oesterreich-Ungarn und Deutschland die Erhaltung des Weltfriedens, das nächste Ziel Beseitigung einer Frage, die ihn stören kann. Wenn diese Mächte bereitwillig auf den Vorschlag zu einer Regelung der Sache durch eine Conferenz eingegangen sind und sich den Wünschen der Westmächte in der Hauptsache anschließen werden, so steht ihr Wohlwollen gegen Griechenland dabei erst in zweiter Linie. Die Pforte hat in dieser Angelegenheit sich in der That gegen das Friedensbedürfniß Europas vergangen. Bei allen anderen Aufgaben, die ihr der Congreß stellte, und die noch nicht ausgeführt sind, in der montenegrinisch-albanischen, in der armenischen Frage, in der Frage wegen der inneren Reformen, konnte sie auf große Schwierigkeiten hinweisen, die ihr beim besten Willen den Weg versperreten. In der Frage der Berichtigung der griechischen Nordgrenze war dies nicht oder doch nur in geringerem Grade der Fall, und wenn auch die Griechen ihre Ansprüche höher als billig zu bemessen schienen, so war die Zähigkeit der Türken im Gewähren noch viel unbilliger. Und was

vom politischen Standpunkte betrachtet noch schlimmer war, die Hartnäckigkeit der Pforte war übel angebracht, sie zögerte und knauferte, ohne zu bedenken, daß Verzögerung und Weigerung ihre Stellung vor Europa nicht verbessern konnte. Sie mußte ihre verhältnißmäßig günstige Situation nach Schluß des Berliner Congresses rasch benutzen und nicht glauben, daß die Tories in England zu ewiger Herrschaft bestimmt seien. Sie hat nicht so gehandelt und ist von dem Regierungswechsel in London, mit welchem radicale Tendenzen, Befreiungsideale auch in der auswärtigen Politik ans Ruder kamen, überrascht worden. Hätte sie sich, so lange Beaconsfield, bis zu einem gewissen Grade ihr Gönner, regierte, im Geiste des 24. Artikels des Berliner Vertrags mit Griechenland verglichen, so würde sie ohne Zweifel weniger zu opfern gehabt haben als jetzt, wo nicht nur Frankreich, der alte Fürsprecher Griechenlands, sondern auch England ihren Gegner unterstützt.

Dazu kommt aber noch, daß auch die mitteleuropäischen Mächte keine Ursache haben, dem kleinen Königreiche Hellas eine ausgiebige Vergrößerung zu mißgönnen, ja daß es in ihrem, zunächst in Oesterreich-Ungarns Interesse liegt, daß dasselbe stärker wird, als es bisher war. Man kann ihm wohlwollen und es mächtiger werden lassen, ohne seinen eigenen Vortheil dabei hintanzusetzen. Wird die Türkei durch seine Vergrößerung geschwächt, so wird dafür ein anderer natürlicher Gegner des gegen Westen vordringenden Slaventhums gekräftigt. Werken die Albanesen, ein drittes den Slaven feindliches Element, dadurch an Widerstandskraft, so geht dieselbe für Westeuropa nicht verloren, indem sie den Griechen zu Gute kommt. Die Fallmerayer'sche Ansicht, daß die modernen Hellenen Slaven seien, ist längst widerlegt, und die griechische Politik auf der Balkanhalbinsel, die großgriechische Idee steht seit Jahren in directem Gegensatz gegen die Pläne Rußlands und seiner Satelliten. Wenn Oesterreich-Ungarn die Ansprüche der Griechen in Epirus und Thessalien befürwortet und sie durchsetzen hilft, bis zu dem Punkte im Osten, bis zu welchem sie im Vorwiegen der hellenischen Sprache und Sitte Berechtigung haben, so stärkt es einen Staat, der einst sein Bundesgenosse werden kann.

Daß die Griechen gleich den Russen und den Südslaven der morgenländischen Kirche angehören, fällt nicht sehr ins Gewicht. Die griechische Bildung, der griechische Geist ist wesentlich anderen Charakters als die geistige Anlage und deren Entwicklung bei den Slaven. Mehr als irgend ein anderes Volk im Südosten Europas haben die Griechen sich das Wesen, die Bestrebungen und die Einrichtungen des Westens zu eigen gemacht. Der Erfolg ist nicht in jeder Beziehung ein glücklicher gewesen. Das constitutionelle System wirkte hier keineswegs in mustergiltiger Weise, im Gegentheil, es führte zu Ereignissen und Zuständen etwa wie in Spanien. Das Treiben der Parteien bietet ein

höchst unerfreuliches Bild, und wenn unter König Otto insurrectionelle Putsche auf Putsche folgten, so folgten unter seinem Nachfolger Ministerkrisen auf Ministerkrisen, denen fast lediglich der demokratische Meid, der Ehrgeiz der Parteihäupter und die Veränderlichkeit der Volksgunst, sehr selten der Sieg von Grundsätzen oder das Auftreten neuer, unabweislicher Bedürfnisse des Staatslebens zu Grunde lag. Fast immer wurde die Thätigkeit der Regierung durch die Unzuverlässigkeit der Fractionen in der Kammer gelähmt. Hatte die Opposition ein Ministerium gestürzt und trat eins aus ihrer Mitte ans Ruder, so ließ sie es binnen kurzem, bisweilen sofort im Stiche. 1874 hielt sich Bulgarijs als Ministerpräsident nur dadurch einige Zeit, d. h. vom Februar bis in den December hinein, daß keiner von seinen Nebenbuhlern, weder Zaimis noch Deligeorgis noch Kommunduros an seine Stelle zu treten Neigung hatte. Am 20. December machte gar die Opposition die Kammer beschlußunfähig, indem sie austrat und zugleich eine Beschwerdeschrift an den König richtete. Nur mit Mühe erreichte man im April 1875 durch Heranziehung der gesammten Regierungspartei die Beschlußfähigkeit der Kammer und die Annahme des Vertrags mit dem deutschen Reiche wegen der Ausgrabungen auf der Stätte von Olympia, gegen den die Opposition sich stemmte, obwohl er bekanntlich für das Land sehr günstige Bestimmungen enthielt. Als der König hiernach auf den Rath der Schutzmächte Bulgarijs entließ und ein neues Cabinet unter Trifupis bildete, unterlag dasselbe drei Monate nachher schon bei den Neuwahlen vollständig, indem nur wenige von seinen Anhängern ein Mandat erhielten, und schon im October dankte es ab, und Kommunduros wurde Premier, während sein Nebenbuhler Zaimis Kammerpräsident wurde.

In ähnlichem Stile ist es bis vor kurzem fortgegangen, und die Entwicklung des Landes ist bei diesen unaufhörlichen Reibungen, Wirren und Schwankungen in vielen Beziehungen aufgehalten worden. Dem Räuberwesen wurde nicht genügend gesteuert, so daß im August 1870 keine drei Meilen nördlich von der Landeshauptstadt eine Klephtenbande mehrere vornehme Engländer grausam ermorden konnte. Der Eigennutz des Volkes und sein Mangel an Rechtsgefühl führte im Jahre darauf zu einem Scandal, der als bisher unerhört in ganz Europa Aufsehen und große Entrüstung hervorrief. Die Regierung hatte einer französisch-italienischen Gesellschaft die Concession zur Ausbeutung der im Alterthume mit großem Erfolg betriebenen, dann verlassenen Erzgruben von Laurion im südöstlichen Attika ertheilt, aber als diese dann aus den alten Schlackenhalben und neuen Stollen bedeutende Mengen von Silber- und Bleierzern gewann, regte sich der Meid und die Habgier im Lande, und im Mai 1873 wurden die laurischen Bergwerke durch ein Gesetz für National-eigenthum erklärt, und von einer Entschädigung der Concessionäre war nicht

die Rede. Nur das entschiedene Eingreifen Frankreichs und Italiens in den häßlichen Handel erreichte schließlich, daß die Kammer sich zum Ankaufe der Bergwerke durch den Staat entschloß.

Indeß darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Kleinheit des Landes gegenüber den Anforderungen, welche die Zustände und Ereignisse an dasselbe stellten, an diesen Dingen mit Schuld hatte. Die Großmannsucht, die man den Griechen vorgeworfen hat, war nicht lediglich phantastischer Natur, sie hatte auch einen sehr realen Grund. Ohne eine günstiger gezogene Nordgrenze war das Räuberwesen nicht auszurotten. Man war zu groß, um zu sterben, und zu klein, um zu leben. Das Land war nicht fruchtbar genug, um die zu einer Hebung seines Wohlstandes nöthigen Steuern, die zur Verzinsung der aus dem Befreiungskriege herstammenden Nationalschuld aufzubringen. Die zur Austrocknung des Kopais-Sees, zur Durchstechung der Landenge von Korinth, zum Bau einer Eisenbahn nach dem Norden und zu anderen nützlichen Anlagen erforderlichen Mittel waren nicht zu beschaffen.

Andererseits hat man trotz der steten Finanznoth doch in verschiedener Hinsicht bemerkenswerthe Fortschritte gemacht und hat bewiesen, daß die Griechen ein tüchtiges, strebsames und intelligentes Volk sind, das nicht bloß die Sympathien der Gelehrtenwelt und der Kunstfreunde des Westens verdient. Das Handwerk und die Fabrikthätigkeit stehen allerdings in Griechenland auf keiner hohen Stufe. Doch ist es der Regierung im Laufe der letzten dreißig Jahre gelungen, im Vergleiche mit früheren Verhältnissen ansehnliche Erfolge auch auf diesem Gebiete zu erzielen, so daß im Jahre 1874 im Königreiche bereits 87 größere industrielle Etablissements bestanden. Sehr bedeutend ist der Schiffsbau, der jährlich ungefähr zweihundert Fahrzeuge vom Stapel läßt. Der Handel ist noch wichtiger, er ist das eigentliche Lebenselement des Volkes, und nur durch ihn besteht der Staat fort. Die Handelsflotte des Landes hat seit den Befreiungskriegen einen fast wunderbar zu nennenden Aufschwung genommen, in allen Häfen des Mittelmeeres und seiner Nebengewässer weht jetzt die griechische Flagge, und zu Ende 1873 zählte die Handelsmarine 5001 Schiffe mit 239 135 Tonnen Tragfähigkeit und 25 197 Mann an Capitänen, Steuerleuten und Matrosen.

Ganz besonders erfreulich und viel verheißend sind der allgemeine Drang des hellenischen Volkes nach Bildung, dem ein aufgeweckter Sinn und eine leichte Auffassung zur Seite stehen, und die eifrige Fürsorge der verschiedenen Regierungen für die Befriedigung dieser Strebsamkeit. Das Schulwesen, das unter der Türkenherrschaft ganz darniederlag, ist vortrefflich geregelt. 1832 gab es in ganz Griechenland nur 75 Elementarschulen, 18 Progymnasien und 3 Gymnasien, und vier Jahrzehnte später besaß man 1177 Elementarschulen

(die nach deutschem Muster eingerichtet und ausgestattet sind, wie wir aus eigener Erfahrung versichern können) und 17 Gymnasien, außerdem aber ein Polytechnikum, eine theologische Akademie, drei Priesterseminare, eine Normal-
schule für Lehrer, eine nautische, eine landwirthschaftliche und eine Handels-
Akademie, vier Handelsschulen und die Universitäten zu Athen und Korfu. Da-
neben geht als zweites Bildungselement die Presse her, die eine verhältnißmäßig
große Anzahl von Organen besitzt, während früher nichts der Art existirte. Vor
dem Freiheitskriege gab es für die Griechen nur eine Druckerei, die des Patri-
archats in Konstantinopel; dagegen erschienen 1874 in Griechenland 119 Zei-
tungen und Zeitschriften, von denen allein 54 auf Athen und 10 auf Patras
kamen.

Sehen wir daher von dem parlamentarischen Leben und dem politischen
Parteitreiben ab, so repräsentirt das Hellenenthum durch seine geistigen und
materiellen Errungenschaften recht wohl das, was sich bei gutem Willen und
Verstand unter den durch die Natur des von ihm bewohnten Landes und dessen
enge Begrenzung gegebenen Umständen erreichen ließ, und so hat es nach dieser
Richtung hin ein entschiedenes Recht nicht bloß auf unsere Sympathien, sondern
auch auf Bethätigung derselben durch Unterstützung bei seinem Bestreben, die
Mittel zu erlangen, die nöthig sind, um mehr zu leisten.

Man hat Griechenland seitens der Mächte, die es schufen, nicht sein volles
Recht widerfahren lassen. Selbst ein so konservativer Staatsmann wie Beacons-
field hat dies offen eingestanden, wenn er in Berlin sagte, Europa habe an
Hellas die Schuld eines halben Jahrhunderts zu sühnen. Man mußte Hellas
gleich anfangs in der Größe schaffen, die es im Hinblick auf das Ueberwiegen
der hellenischen Nationalität in Südepirus und Thessalien beanspruchen konnte,
die es sich durch den Befreiungskrieg verdient hatte, und mit der es sich allein
gedeihlich zu entwickeln im Stande war. Statt dessen sollte es zuerst nur ein
Fürstenthum Morea geben, das im Norden am Isthmus von Korinth seine
Grenze haben und unter der Suzeränität der Pforte stehen sollte. 1829 wurde
dann zu London von Lieven, Aberdeen und Polignac ein Protocoll unterzeichnet,
welches für Griechenland etwas günstiger lautete, indem es ihm im Norden eine
Grenze gab, die vom Golfe von Arta im Westen bis zum Meerbusen von Volo
im Osten lief. 1830 gewährte man noch etwas mehr: Hellas sollte einen völlig
unabhängigen Staat unter einem Könige bilden, Negroponte, die Insel Skiro
und die Cycladen erhalten und eine Nordgrenze bekommen, die im Westen vom
Ausflusse des Aspropotamo über Brachori bis zum Golfe von Zeituni gezogen
war. Dabei ist es der Türkei gegenüber bis jetzt geblieben, nur wurde Griechen-
land 1863 durch die ionischen Inseln vergrößert, die bis dahin eine Republik
unter brittischem Schutze gebildet hatten.

Grenzboten II. 1880.

Gegenwärtig handelt es sich um verschiedene Linien, die, je nach dem Standpunkte, den man einnehmen kann, bald weiter nördlich, bald südlicher als Grenze gezogen werden können, und die deshalb sich auf den Karten angege- ben finden, welche den Mitgliedern der Conferenz vorliegen. Die nördlichste der- selben geht von einem Punkte an der westlichen Küste von Albanien, der etwa fünf deutsche Meilen nördlich von der Insel Korfu liegt, aus, wendet sich in ziemlich genau östlicher Richtung, biegt etwa in der Mitte zwischen den beiden Meeren nach Süden ab und strebt dann wieder eine Strecke nach Norden, von wo sie in südöstlicher Richtung auf Salonik zuläuft. Sie bezeichnet nach Kiepert den Theil von Epirus und Thessalien, wo 1878 die griechische Sprache vor- herrschte. Die von Griechenland im October 1879 beanspruchte neue Grenze kommt dieser Linie im Westen ziemlich nahe, sie beginnt ebenfalls nördlich von Korfu, fällt weiter östlich mit dem Viosa-Flusse zusammen und endigt im äußersten Osten des Landes an der Malathria, wobei sie von Westen nach Osten die Städte Janina, Metsovo, Trikola und Larissa für Griechenland abschneidet. Die Grenze, welche die Türken damals gewähren wollten, begann östlich von Arla, endigte, nachdem sie erst nördlich, dann südöstlich gelaufen, im Süden von Bolo und ließ jene Städte bei der Pforte. Später wollte letztere eine Linie zugestehen, die im Westen mit dem Kalanas-Flusse (etwa der Stadt Korfu gegenüber) begann, bis in die Mitte des Landes ungefähr östlich lief, dann tief nach Südost einbog und, zuletzt wieder nach Nordosten strebend, nordwärts von Bolo die Küste erreichte.

Wollte man eine Grenzlinie schaffen, welche in Epirus und Thessalien nur rein griechische Landstriche dem hellenischen Staate einzuverleiben bestimmt wäre, so würde dieselbe ein fast um die Hälfte kleineres Gebiet zu umfassen haben, als die Griechen von Anfang an verlangten. Durch die Hineinziehung von Janina und die Tracirung der Grenze längs des Kalamas und des Salambria würde nämlich Griechenland außer 295 000 Griechen ungefähr 73 000 Nicht- griechen (Binzaren oder Wlachen, Albanesen und Türken) erhalten. Will man von den Binzaren absehen, welche den Pindus in seiner ganzen Ausdehnung bis an die gegenwärtige griechische Grenze bewohnen, so müßte eine Grenzlinie, welche nur rein griechische Gegenden als neue Territorial- Erwerbungen des Königreichs umschloße, wie folgt, verlaufen: Von Prevesa durch das Euro- Thal aufwärts bis zur Wurzel des letzteren, einem Punkt fünf deutsche Meilen südlich von Janina, welches letztere allerdings größtentheils von Griechen be- wohnt, aber von albanesischem Sprachgebiet umgeben ist. Dort, am Ende des Euro-Thals, biegt die Linie östlich ab, schneidet bei Kalarytes das obere Arla- Thal und setzt über den Pindus in schnurgerader Richtung gegen Trikala. Von hier folgt sie vier bis fünf Meilen dem Laufe des Salambria, geht dann in

das Thal des südlichen Nebenflusses dieses Gewässers über, läßt Jersala südlich liegen, um in nördlich ausgreifendem Bogen Volo und den Pelion einzubeziehen, und endigt im Osten bei Kardika.

Wie verlautet, hat Graf Vallier auf der Conferenz im Namen Frankreichs den Antrag gestellt, die Grenzberichtigung in der Hauptsache nach der Modification der griechischen Vorschläge stattfinden zu lassen, in welche Griechenland im November 1879 willigte, und welche vom Ostende bis zur Mitte des Landes mit der ursprünglich vorgeschlagenen übereinstimmte, im Westen aber weniger Land beanspruchte. Darnach würde die von den Gebirgsketten des Olymp und des Pindus gebildete Wasserscheide als natürliche und feste Grenze angenommen werden, die sich im Westen bis ungefähr an die Quelle des Kalamas ausdehnt. Von dort aus würde die Grenze dem nach Süden sich richtenden Laufe des Flusses bis an die See folgen. Das auf diese Weise zu Griechenland neuhinzutretende Gebiet würde also außer Larissa, Trifala und Metsovo auch Janina einschließen. Dagegen würde der den Griechen für ihre directe und ungehinderte Verbindung mit Korfu nothwendig erscheinende Landstrich rechts oder westlich vom Kalamas, der mit dem Cap Stylos endigt, bei der Türkei verbleiben.

Die Nationalitätenfrage kann bei der Entscheidung über eine von diesen Linien nur nebenher in Betracht gezogen werden. Die 20 bis 25 000 Albanesen, die im schlimmsten oder für Griechenland günstigsten Falle zu Bürgern des Königreichs werden würden, fallen wenig ins Gewicht. Schon jetzt wohnen Albanesen, die ihre Muttersprache noch reden, bis tief nach Griechenland hinein. Im Dorfe Patissia vor den Thoren Athens, selbst in der Morea, ja sogar auf den Inseln Hydra und Spezzia hört man dieses altthrakische Idiom als Volkssprache, wenn auch die Meisten daneben noch Griechisch sprechen. Die Südalbanesen, der Toskenstamm, gehören ferner mit geringen Ausnahmen dem Christenthume und zwar derselben morgenländisch-orthodoxen Kirche an wie die Bewohner Griechenlands. Die Zinzaren oder Kuko-Blachen des Pindus sind ein rohes Hirtenvolk, dem es ziemlich gleichgiltig sein wird, ob sie dem Sultan verbleiben oder in König Georgios einen neuen Herrn erhalten. Die thessalischen und epirotischen Muhammedaner endlich würden, wenn ihnen von Seiten der griechischen Regierung gerechte und billige Behandlung zugesichert und das Versprechen gehalten würde, schwerlich mehr Schwierigkeiten darbieten, als ihre Glaubensgenossen in Bosnien. Die albanesische Liga hat offenbar in diesen Landstrichen weniger Bedeutung und Einfluß als im Norden und in der Mitte, wo neben der Rassenverschiedenheit zwischen der Bevölkerung Montenegros und Albanien auch der Umstand in Betracht kommt, daß die Czernagorzen morgenländisch-orthodoxer Confession, die Albanesen dagegen theils Muhammedaner, theils römisch-katholische Christen sind.

So wird man sich bei der Grenzberichtigung vor allem von topographischen und strategischen Rücksichten leiten lassen und nach Grundsätzen verfahren, welche die Lage der Ortschaften, die Wasserscheiden, die territoriale Zusammengehörigkeit, die natürlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, die Sicherheit der beiden Staaten (zunächst gegen das Entstehen und die Action von Räuberbanden, dann in Betreff der Möglichkeit eines Krieges) und deren zukünftige friedliche Beziehungen an die Hand geben. Hier das Richtige zu treffen, werden die Commissäre berufen sein, welche die Conferenz nach Süd-Albanien abzuordnen im Begriffe steht.

Die politische Aufgabe, welche der Conferenz neben dieser technischen obliegt, hat ein anderes Ziel. Sie besteht für Deutschland und Oesterreich-Ungarn

darin, daß alles von der Conferenz ferngehalten wird, was die Eintracht der Mächte zu stören und europäische Fragen aufs Tapet zu bringen geeignet wäre. Kein Theil des Complexes von Fragen, aus denen sich die große orientalische Frage zusammensetzt, ist principiell von solcher Bedeutung, daß man wegen Meinungsverschiedenheiten über sie das Interesse des europäischen Friedens aufs Spiel zu setzen wagen dürfte. Dieses Interesse unter allen Umständen zu wahren und zu dem Zwecke einer wirklichen Verständigung der Mächte ausgleichend und vermittelnd den Weg zu ebenern, sind Deutschland und sein österreichisch-ungarischer Bundesgenosse als nicht direct an der griechischen Frage theilhaftige Mächte vorzugsweise berufen.

Die Conferenz wird der Türkei nicht befehlen, so oder so viel Gebiet an Griechenland abzutreten. Sie wird vermitteln, indem sie der Pforte sagt, was Europa für recht und billig in der Sache hält. Aber dieser Rath enthält, aus solchem Munde kommend, eine moralische Verpflichtung für die Pforte, sich ihm zu fügen, und dieselbe würde sehr unweise halten, wenn sie die Vermittlung nicht annehmen wollte. Daß Griechenland bei einem unfüg-samen Verhalten der Türken nach ergangenem Schiedsspruche der Mächte sofort in die ihm zugesprochenen Landschaften mit Heeresmacht einrücken und sie in Besitz nehmen wird, ist sehr unwahrscheinlich, obwohl ihm dann die Westmächte vielleicht mit einer Flottendemonstration zu Hilfe kommen würden, welche ihm wenigstens eine Blokade durch die türkische Seemacht und eine Landung osma-nischer Truppen an der griechischen Küste fernhielte. Der Mediationspruch der Mächte hat, wie bemerkt, nicht den Charakter und die Kraft eines Verbots, die Conferenz als solche verpflichtet sich nicht, ihn auszuführen oder bei seiner Aus-führung irgendwie Beistand zu leisten. Aber er wird für Griechenland eine gewisse Rechtsbasis schaffen. Letzteres hat geraume Zeit zugewartet, es kann, einmal in den Besitz eines so werthvollen Gutachtens der europäischen Mächte gelangt, für den Fall, daß die Pforte sich ablehnend verhält, getroßt noch länger warten, bis sich ein passender Augenblick findet, den Widerstand der Türken ohne so große Gefahr, wie jetzt, zu brechen und sich in den Besitz der dem Königreiche jetzt zugesprochenen Landschaften zu setzen.

Zur Beachtung.

Mit dem **1. Juli 1880** beginnt diese Zeitschrift das 3. Quartal ihres 39. Jahrgangs, welches durch alle Buchhandlungen und Postan-stalten des In- und Auslandes zu beziehen ist. Preis für das Quartal 9 Mark.

Leipzig, im Juni 1880.

Die Verlags-handlung.

Für die Redaction verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig.
Verlag von F. L. Herbig in Leipzig. — Druck von Hützel & Herrmann in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

VI.5.C.2780



VI.5.C.2780